

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: SPD LAND BREMEN

DURCH DIE CORONA-KRISE MIT KLAREM SOZIALDEMOKRATISCHEM KOMPASS!

Von Sascha Karolin Aulepp, Landesvorsitzende SPD LAND BREMEN

Halten wir die Schulen in der Pandemie geöffnet? Auch an dieser Frage zeigt sich, dass eine klare sozialdemokratische Haltung in der Krise den Unterschied macht! Wir wollen für alle Schüler*innen so viel Präsenzunterricht wie möglich. Weil es wichtig ist, gemeinsam zu lernen, weil es wichtig ist, dass Lehrer*innen ihren Schüler*innen persönlich begegnen. Und weil Lernmöglichkeiten zu Hause sehr unterschiedlich sind. Die Erlebnisse im Frühjahr zeigten, was geschlossene Schulen und Distanzunterricht bedeuten: eine erhebliche Verschärfung der Bildungsgerechtigkeit. Viele Eltern können ihre Kinder eben nicht dabei unterstützen, den Schulstoff zu Hause zu erarbeiten. Auch verfügen nicht alle Schüler*innen über einen eigenen Schreibtisch als Platz zum Lernen oder es mangelt an technischen Voraussetzungen. Und auch da handeln wir: In Bremen bekommen alle Schüler*innen und Lehrkräfte iPads und Unterstützung bei der Benutzung.

Eine klare sozialdemokratische Handschrift zeigt sich aber nicht nur im Bildungsbereich: Unser Bundesarbeitsminister Hubertus Heil konnte mit der Ausweitung des Kurzarbeitergeldes vielen Beschäftigten schnell helfen und hat klare Kante gegen die

Zustände in der Fleischindustrie gezeigt. Und unser Vizekanzler Olaf Scholz hat für ein umfassendes Konjunkturprogramm gesorgt, das allen Menschen und nicht nur Besserverdienenden hilft.

Währenddessen verweigert etwa das CDU-geführte Wissenschaftsministerium in Not geratenen Studierenden effektive Hilfen, obwohl gute Vorschläge der SPD vorliegen.

Auch wenn wir jetzt wieder Licht am Ende des Tunnels sehen, ist klar, dass es mit einem Impfstoff nicht getan sein wird! Die Überwindung der Krise braucht weitere Maßnahmen, die schon lange überfällig sind und die die Union trotzdem blockiert: eine solidarische Gesundheitsversorgung für alle Bürger*innen, die nicht auf private Gewinne schießt, eine echte Kindergrundsicherung, ein milliardenschweres Investitionsprogramm für Infrastruktur und zukunftsweisende Technologien und nicht zuletzt ein gerechteres Steuersystem.

Deshalb kämpfen wir bei der kommenden Bundestagswahl für eine starke SPD, für eine progressive Mehrheit, wie wir sie in Bremen haben – links von CDU/CSU! ■



FOTO: SPD LAND BREMEN



FOTO: SPD LAND BREMEN

Digitale Parteikonferenz zum Umgang mit der Corona-Pandemie im Bereich „Schule“ mit Senatorin Claudia Bogedan und der Landesvorsitzenden Sascha Karolin Aulepp am 26. November 2020.

MIT ZUVERSICHT INS JAHR 2021

Von Bürgermeister Andreas Bovenschulte, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

*Liebe Genossinnen
und Genossen,*

nun ist sie da, die Zeit der Kerzen auf dem Adventskranz und mit jedem weiteren geöffneten Türchen des Adventskalenders wächst insbesondere dort, wo Kinder oder auch schon Enkelkinder zur Familie gehören, die Vorfreude auf Weihnachten.

Alles das erinnert auch uns Erwachsene jeden Tag ein bisschen mehr daran: das Jahr geht zu Ende. Zum Glück, werden viele jetzt sagen, denn das Jahr 2020 war mit Sicherheit kein einfaches Jahr.

Dieses Jahr war für viele Bremerinnen und Bremer, viele Bremerhavenerinnen und Bremerhavener ein Jahr voller Sorgen, voller Ungewissheit und ja, bei etlichen auch ein Jahr voller Existenzangst.

Im Gedenken an die Opfer des Virus

Auch in unseren beiden Städten Bremen und Bremerhaven haben Menschen durch das Virus ihr Leben verloren. Wir haben die traurige Gewissheit, dass allein in unserem kleinen Bundesland bis Mitte Dezember mehr als 150 Tote zu verzeichnen sind. Schon die nackte Zahl ist erschreckend. Aber dahinter stehen Schicksale, dahinter stehen Menschen, die ohne Corona heute noch unter uns wären. Menschen, die von ihren Angehörigen vermisst und betrauert werden.

Für eine lebendige Demokratie

Nicht nur, aber insbesondere deswegen möchte ich diejenigen erwähnen, die in den letzten Wochen immer aggressiver gegen Parlamente und Regierungen, gegen Gesundheitsämter und Polizei, gegen Wissenschaft und Medien hetzen. Die so genannten „Querdenker“, die das neue Infektionsschutzgesetz des Bundes allen Ernstes mit dem Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten vergleichen und damit alle Opfer der Hitler-Diktatur öffentlich verhöhnern; und die, die schon die Existenz des Virus leugnen, die Beschränkungen ablehnen und ohne Maske und ohne Abstand zu Tausenden durch deutsche Innenstädte ziehen.

Ich mache keinen Hehl daraus, ich bin froh, dass es uns in Bremen gelungen ist, ein solches Massenevent zu verhindern, das zweifelsohne Gefahr gelaufen wäre, zu einem Superspanderevent zu werden.

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen eine offene, lebendige und auch kontroverse Diskussion über den richtigen Umgang mit der Pandemie. Und ja, auch in diesen Zeiten ist das Versammlungsrecht ein hohes Gut,

das wir mit Recht schützen. Aber genau dazu, zu einer offenen Auseinandersetzung tragen die Querdenker mit ihren Verschwörungsmethoden und ihren extremistischen Ideologieversatzstücken nicht bei. Hier sind wir als Demokratinnen und Demokraten gefordert, klare Kante zu zeigen.

Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann

Wenn ich an den bevorstehenden Jahreswechsel denke – und ich vermute, es geht Euch kaum anders – kommen mir unweigerlich die Bilder der Neujahrsempfänge vom vergangenen Januar in den Sinn. Zum Beispiel mit unserer Partei und vielen Gästen im schönen Tabakquartier in Puschdorf, dicht gedrängt, gut gelaunt, in Gruppen beisammen stehend – und voller Zuversicht in angeregte Diskussionen darüber vertieft, was das neue Jahr uns wohl bringen mag.

Das Covid-19-Virus spielte dabei, obwohl es zu dem Zeitpunkt in China schon bekannt war, fast keine Rolle. Und wohl niemand von uns konnte sich vorstellen, wie sich das Jahr 2020 tatsächlich entwickeln würde. Ein gutes Stück hat das Jahr 2020 uns Dinge gebracht, die wir zuvor für undenkbar hielten.

Wenn wir in einigen Jahren zurückblicken, erinnern wir uns vermutlich nicht nur an ein Jahr, in dem durch eine globale Pandemie alles aus den Fugen geriet und in dem die tiefe Sehnsucht der Menschen nach Sicherheit und Berechenbarkeit im Leben enttäuscht wurde. Es wird sicher auch ein Jahr der Solidarität, der (Für-)Sorge umeinander und der Hoffnung auf bessere Zeiten und den Lichtblick, einen Impfstoff.

Und es ist ein Jahr, wo Regierungen auf den verschiedenen Ebenen verantwortliche Entscheidungen treffen mussten und gefordert waren, die Öffentlichkeit mit überzeugenden Argumentationen für schwierige Beschränkungen zu gewinnen. In der Rückschau dürfen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten selbstbewusst festhalten, dass wir unsere Rolle als politisch Handelnde in der Krise gut gemeistert haben: Unsere sozialdemokratischen Mitglieder in der Bundesregierung und auch die SPD-Bundestagsfraktion haben einen guten Job gemacht mit ihrem klaren und konsequenten Kurs: bei Hilfen in existenziellen Notlagen für Betriebe und den Einzelnen, beim Kurzarbeitergeld, mit dem Konjunkturprogramm, aber auch bei der Entlastung von Familien. Und auch auf Landesebene haben wir ein Krisenmanagement gezeigt, für das wir uns nicht verstecken müssen. Mit der Initiative, den Schutz der Gruppe

der Ü65jährigen durch die Ausgabe von FFP2-Masken zu verbessern, dürfen wir sogar beanspruchen, eine bundesweite Vorreiterrolle eingenommen zu haben. Wenn wir an die politische Gestaltung im Bund denken, dann wissen wir, dass die Große Koalition dieses Jahr durchaus ihren Wert hatte, um mit den besonderen Herausforderungen umzugehen. Aber wir merken auch, wo die Grenzen der Politik mit den Konservativen sind, was wir in einer solchen Konstellation nicht umsetzen werden. Daher müssen wir alle unseren Beitrag dazu leisten, als starke SPD in den Bundestagswahlkampf zu treten, alles daran setzen, die Menschen von unseren sozialdemokratischen Inhalten zu überzeugen und dafür zu sorgen, dass Olaf Scholz Bundeskanzler wird.

Mit Zuversicht und hoffnungsvoll ins neue Jahr

Zweifelsfrei, wir beschließen das Jahr auch mit einem ansehnlichen Paket an Hoffnung im Gepäck: Die Hoffnung, dass das kommende Jahr ein besseres wird, dass die Sorgen, weniger werden, dass die Betriebe wieder auf die Füße kommen, die aktuell straucheln und wir wieder unbeschwert in die Zukunft blicken können. Und all dies ist vor allem genährt von der Hoffnung auf den Impfstoff.

Die Geschwindigkeit, mit der in den vergangenen Monaten gleich mehrere Impfstoffe entwickelt wurden, grenzt an ein wissenschaftliches Wunder, das nicht nur mich tief beeindruckt hat. Und trotz der Impfstoffe ist dennoch die Freiheit noch lange nicht zurück. Wir müssen auch weiterhin all das befolgen, was erforderlich ist, um die Pandemie zu kontrollieren. Und wir müssen auch weiterhin alles unternehmen, um eine Überlastung unseres Gesundheitssystems zu verhindern und Gesundheit und Leben der Menschen zu schützen. Ich bin sicher, wir werden das noch vor uns Liegende bewältigen, wie wir so vieles in diesem Jahr mit viel Gemeinsinn und Solidarität bewältigt haben. Und wir haben Anlass, mit Zuversicht und einem hoffnungsvollen Blick in die Zukunft, in das Neue Jahr 2021 zu schauen.

Ich wünsche Euch allen erholsame, beschauliche und schöne Weihnachtstage und einen guten, vor allem einen gesunden Start ins neue Jahr.

Es grüßt Euch herzlich
Euer Bovi

ZUR PERSON:



FOTO: PRIVAT

Andreas Bovenschulte ist seit Mitte August 2019 Bremer Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Im Juni des Jahres war er zum Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bürgerchaftsfraktion gewählt worden. Zuvor war der promovierte Jurist ab 2014 Bürgermeister in Weyhe und von 2010 bis 2013 Landesvorsitzender der Bremer SPD. Andreas Bovenschulte ist seit 1984 Mitglied der SPD und seit 30 Jahren Mitglied der Gewerkschaft ver.di.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von
den Autoren verantwortet.

Seite 4: SPD-Bürgerchaftsfraktion Bremen,
Marieke Meinhart
(V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

EINE GERECHTE GESELLSCHAFT KOMMT NICHT VON ALLEINE

SPD LAND BREMEN formuliert zehn Anforderungen an das Programm zur Bundestagswahl 2021

Der Vorstand der SPD LAND BREMEN hat am vergangenen Freitag, 20. November 2020, einen umfassenden Antrag beschlossen, in dem er zehn zentrale Anforderungen an das Programm zur Bundestagswahl 2021 formuliert. Dabei hat die SPD LAND BREMEN die konkreten Notwendigkeiten und Bedürfnisse der Menschen in den beiden Städten unseres Landes und ihren Quartieren in den Blick genommen. Damit beteiligt sich die Bremer SPD am Diskussions- und Erarbeitungsprozess des Programms zur Bundestagswahl 2021, das dann auf einem Bundesparteitag am 27. März 2021 beschlossen wird.

Die Corona-Pandemie hat das gesellschaftliche Miteinander sowie die Wirtschafts- und Arbeitswelt umfassend verändert. Und doch steht Deutschland vergleichsweise gut da.

Die Prediger des Marktradikalismus sind aktuell verstummt: Ein starker und handlungsfähiger Sozialstaat bildet die Grundlage unserer relativen Stabilität. Er garantiert Gesundheitsversorgung, sichert Arbeitsplätze, verhindert Masseninsolvenzen, schützt vor Armut und gibt neue Wachstumsimpulse in der Krise. Das ist gelebte Sozialdemokratie, und gerade auch ein Verdienst der SPD. Weil das so ist, und sozialdemokratische

Politik mehr denn je gebraucht wird, hat die SPD LAND BREMEN zehn zentrale Anforderungen an das SPD-Programm zur Bundestagswahl 2021 formuliert, die in das SPD-Bundestagswahlprogramm einfließen sollen.

Kernpunkte aus den zehn Kapiteln des Bundesparteitagsantrags sind:

1. Wir überwinden Hartz IV zugunsten eines solidarischen Bürger*innengeldes und einer Kindergrundsicherung!
2. Wir bekämpfen prekäre Beschäftigung! Wir erhöhen den Mindestlohn auf mindestens 12 Euro, stärken Tarifverträge und sagen Werkverträgen, Arbeit auf Abruf und Leih- und Zeitarbeit den Kampf an!
3. Gute Arbeit heißt auch gute Ausbildung, mit höherer Vergütung, Übernahmegarantien und einer Ausbildungsumlage.
4. Die beste Bildung für alle! Von Anfang an und mit der konkreten Unterstützung, die jedes einzelne Kind braucht.
5. Wir schnüren ein milliardenschweres Investitionspaket in öffentliche Infrastruktur: in Bildung, Gesundheitswesen, Klimaschutz, digitale Teilhabe, Verkehr und Gebäude.
6. Wir stärken unsere Industrien mit einem Innovations- und Transformationspaket und sichern damit gute Arbeit und schützen gleichzeitig das Klima: damit Produktion nicht in Länder mit massiv schlechteren Arbeitsbedingungen und Umweltstandards abwandert.
7. Klimaschutz muss ein Projekt der ganzen Bevölkerung werden. Wir verbinden ihn dafür mit sozial gerechter Umverteilung, z. B. bei Strom- und Heizkosten oder im ÖPNV.
8. Wir bauen dringend benötigten Wohnraum! Wir legen ein 10-Jahres-Programm „Neues soziales Wohnen“ auf und bauen damit 1,5 Millionen neue Wohnungen.
9. All das muss gerecht finanziert werden: Unser Steuerkonzept entlastet kleinere und mittlere Einkommen und zieht Spitzenverdiener*innen und große Vermögen stärker heran.
10. Krieg ist nicht „ultima ratio“, sondern „ultima irratio“. Daher müssen alle Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden! Wir brauchen eine aktive Friedens- und Entspannungspolitik anstelle eines steigenden Verteidigungsetats. ■

Der komplette Antrag der SPD LAND BREMEN an den Bundesparteitag im Wortlaut ist hier zu finden: tinyurl.com/Anpacken-Zukunft-machen

— Anzeige —

JETZ
WANDZEITUNG
BESTELLEN

shop.spd.de

SPD

FROHE
WEIHNACHTEN

UND EIN BESSERES 2021

WIR WÜNSCHEN ALLEN RUHIGE FEIERTAGE, SCHÖNE STUNDEN
MIT LIEBEN MENSCHEN. UND EINEN GUTEN START INS NEUE JAHR –
ES SOLL BESSER WERDEN ALS DAS ALTE!

SPD.DE



FOTO: BÜRGERSCHAFTSKANZLEI BREMEN

GEMEINSAME VERANTWORTUNG

Bürgerschaft diskutiert Corona-Maßnahmen und die Rolle des Parlaments

Es sei ein wichtiges Zeichen, dass die Bürgerschaft zusammenkam, um die harten Corona-Regeln zu debattieren, betonte der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör. Dies zeige, dass die Maßnahmen von einer breiten demokratischen Mehrheit getragen würden.

Zu Beginn der beiden Corona-Sondersitzungen Ende Oktober und Ende November hatte Bürgermeister Andreas Bovenschulte zunächst eine Regierungserklärung abgegeben und vor dem Parlament die jeweiligen Maßnahmen erläutert und begründet, auf die sich die Länder und die Bundesregierung in ihren gemeinsamen Sitzungen verständigt hatten. „Wenn wir die Welle der Neuinfektionen nicht brechen, droht eine Überforderung des Gesundheitssystems, nicht akut, aber in naher Zukunft“, betonte Bovenschulte in seiner Corona-Regierungserklärung Ende Oktober.

„Deshalb war es zwingend, dass wir uns auf ein bundesweit einheitliches Vorgehen verständigt haben. Ich halte das für ein sehr wichtiges Signal.“

Mustafa Güngör, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion, unterstrich in seiner Rede ebenfalls die Notwendigkeit eines solchen Vorgehens. „Die Situation ist ernst. Die bisherigen Maßnahmen, die zum Schutz der Bevölkerung getroffen wurden, reichen nicht mehr aus, um das Corona-Infektionsgeschehen zu kontrollieren“, sagte er. „Ich bin davon überzeugt, dass es zu diesem Zeitpunkt sehr wichtig ist, dass wir einheitliche Re-

geln in ganz Deutschland haben. Denn so richtig es auch war, in den letzten Wochen und Monaten auf regional begrenzte Maßnahmen zu setzen, so wichtig ist es nun, dass wir das ausufernde Infektionsgeschehen überall mit denselben Mitteln bekämpfen.“

Am Ende der Debatte im Oktober beschloss die Bürgerschaft dann eine fraktionsübergreifende Resolution mit dem Titel „Es ist die Stunde der gemeinsamen Verantwortung!“, die die Fraktionen von SPD, Grünen, Linken und CDU gemeinsam auf den Weg gebracht hatten. Darin danken die Fraktionen den Menschen in Bremen und Bremerhaven für ihre bisherige Bereitschaft, die einschränkenden Maßnahmen mitzutragen und sie umzusetzen und appelliert an sie, die jetzt anstehenden schwierigen Schritte solidarisch zu leben. Und schließlich betonen die Abgeordneten in der Resolution die Bedeutung des Parlamentes als Gesetzgeber und öffentliches Forum in Zeiten der Pandemiebekämpfung.

Bürgermeister Andreas Bovenschulte hatte in seiner Regierungserklärung im Oktober die Bedeutung des Parlamentes ebenfalls hervorgehoben und eine Ankündigung gemacht: Der Senat werde einen Gesetzesentwurf vorlegen, demzufolge Corona-Rechtsverordnungen der Bürgerschaft künftig vorgelegt und von dieser bestätigt werden müssen. ■

PARLAMENT BESCHLIESST HAUSHALT

Fokus auf sozialem Zusammenhalt und innerer Sicherheit

Etwa 5,5 Milliarden Euro umfasst das Zahlenwerk, das die Bürgerschaft im November beschlossen hat. Aufgrund der Corona-Pandemie verständigte man sich darauf, den Beschluss für den Haushalt 2021 erst nach September zu fassen. An der Höhe der veranschlagten Ausgaben hat sich jedoch nichts geändert. Dies sei absolut richtig gewesen, betonte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Arno Gottschalk, während der Haushaltsdebatte. „Es macht keinen Sinn, dies offenzuhalten, wenn alle Welt sagt, dass man einer Krise nicht hinterhersparen darf“, so der Sozialdemokrat. „Und es war auch richtig, die vielen Zuwendungsempfänger nicht im Ungewissen zu lassen, sondern ihnen Sicherheit für ihre Planungen zu geben.“



FOTO: PIXABAY / MOERSCHY

Neben der Schulsozialarbeit sollen die Polizei im Bereich Internetkriminalität personell aufgestockt, Mittel für ein Hebammenzentrum im Bremer Osten veranschlagt und die Verkehrsinfrastruktur gestärkt werden. Auch Wissenschaft und Kultur profitieren vom Haushalt, ebenso wie die Häfen und die Digitalisierung der Schullandschaft. ■

Wegen der unklaren Lage in der Corona-Pandemie hat die Bürgerschaft den Haushalt 2021 erst im November beschlossen.

NEUES POLIZEIGESETZ FÜR DAS LAND BREMEN

Die Bürgerschaft hat im November eine Neufassung des Polizeigesetzes endgültig beschlossen. Vorausgegangen waren umfangreiche Anhörungen von Expert*innen, die auch noch zu Änderungen gegenüber dem ersten Entwurf geführt haben. „Wir haben als Koalition angekündigt, uns der Diskussion um das Gesetz zu stellen, und wir haben Wort gehalten“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit. „Herausgekommen ist eine gesunde Abwägung von polizeilichen Eingriffsrechten einerseits und Freiheitsrechten andererseits“. In der Debatte hob Lenkeit einige Punkte des neuen Gesetzes hervor, wie zum Beispiel die Kennzeichnungspflicht, die Überprüfung von Wohnungsverweisen und die ausgeweiteten Befugnisse bei Telekommunikationsüberwachung zur Gefahrenabwehr in Bezug auf Kinderpornographie. ■